



Präsidentin des
Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas MdB

Thorsten Frei MdB
Erster Parl. Geschäftsführer

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-52251

F 030. 227-56217

1.PGF@cducsu.de

www.cducsu.de

Berlin, 18. April 2024

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die CDU/CSU-Fraktion lehnt die von den Koalitionsfraktionen beantragte Sondersitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie am morgigen Freitag, 19. April 2024, ab, da diese der Auftakt für einen nicht hinnehmbaren Zeitplan zur Verabschiedung des sog. Solarpakets I (Drucksache 20/8657) ist.

Im Rahmen der morgigen Sondersitzung soll auf Antrag der Koalitionsfraktionen eine Anhörung bereits für kommenden Montag, 22. April 2024, beschlossen werden. Die Koalition hat angekündigt, schon am darauffolgenden Dienstag, 23. April 2024, im Rahmen einer weiteren Sondersitzung (!) das Solarpaket I im Ausschuss abschließend zu beraten. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Anhörung scheint nicht gewollt zu sein. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass am Dienstag die Sitzungen der Fraktionen stattfinden und somit eine – ggf. sogar zeitlich kollidierende – Sondersitzung am selben Tage die fraktionsinterne Beratung erheblich erschweren würde. Verschärft wird diese Problematik durch den Umstand, dass auch die zahlreichen mitberatenden Ausschüsse ihre Voten bis zum Dienstag abgeben müssten.

Die Koalitionsfraktionen begründen ihren Zeitplan mit EU-rechtlichen Fristen, die eine Bundesratsbefassung am 26. April 2024 erfordern würden. Hierzu ist zunächst festzuhalten, dass das Solarpaket I bereits am 19. Oktober 2023 an die Ausschüsse überwiesen wurde. Die dargelegte Zeitnot liegt somit allein in Verantwortung der Koalitionsfraktionen, die – ihrem üblichen Muster folgend – monatelang stritten und sich blockierten, um nun überhastet das Verfahren abschließen zu müssen. Der Hinweis auf die Bundesratssitzung am 26. April 2024 rechtfertigt keine Sondersitzung am Dienstag der Sitzungswoche. Die Vorlagen könnten am Mittwoch, 24. April 2024, in der regulären Ausschusssitzung beschlossen werden. Fristgerecht würde damit die Plenarsitzung am Freitag für die abschließende Beratung erreicht. Da die Koalition ihren ersten

Kernzeitpunkt an diesem Tag noch nicht besetzt hat, könnte die Beratung ohne größere Änderung der Tagesordnung bereits um 9.00 Uhr beginnen. Eine Befassung des Bundesrates in seiner kommenden Sitzung wäre damit möglich.

Einmal mehr sollen interne Konflikte der Koalition zulasten eines geordneten parlamentarischen Verfahrens gelöst werden. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, mit Blick auf den von der Koalition angestrebten Gesamtzeitplan die beantragte Sondersitzung nicht zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen

